



18.481 Parlamentarische Initiative

Investitionsbeitrag für grosse Photovoltaikanlagen auf den Dächern landwirtschaftlicher Bauten und Infrastrukturanlagen

Eingereicht von:

Reynard Mathias

Sozialdemokratische Fraktion

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Einreichungsdatum: 13.12.2018

Eingereicht im: Nationalrat

Stand der Beratung: Erledigt

Eingereichter Text

Das Energiegesetz ist so zu ändern, dass Investitionen in Photovoltaikanlagen deblockiert werden, bei denen eine Mitfinanzierung über den Eigenverbrauch nicht möglich ist. Das Gesetz kann ein Ausschreibungssystem für den Erhalt von Einmalvergütungen mit einer in Franken pro Kilowatt angegebenen Obergrenze vorsehen.

Begründung

In der Regel sind Photovoltaikanlagen auf den grossen Dächern landwirtschaftlicher Bauten und Infrastrukturanlagen die kostengünstigsten. In Bezug auf den Selbstkostenpreis pro Kilowattstunde sind diese Anlagen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ebenfalls die günstigsten. Allerdings werden diese Investitionen nicht durchgeführt, da die Einmalvergütung auf 30 Prozent der Investitionskosten begrenzt ist. Wird diese Energie nicht im Eigenverbrauch genutzt, so ist es nicht möglich, einen Gewinn aus dem Verkauf der gesamten Energie zu ziehen.

Dank der beantragten Gesetzesänderung lassen sich die Investitionen in Grossanlagen beträchtlich steigern, ohne die Kosten pro erzeugter Kilowattstunde zu erhöhen. Durch die Einspeisung der gesamten Energieproduktion würden diese Anlagen zur soliden Energieversorgung im Winter beitragen.

Angenommen, die Unterstützung beläuft sich zu Beginn auf 500 Franken pro Kilowatt und mit einem Kilowatt lassen sich in 30 Jahren rund 30 000 Kilowattstunden erzeugen, so betrüge der Unterstützungsbeitrag 1,7 Rappen pro Kilowattstunde. Diese Kosten würden aufgrund der Abnahme der Baukosten im Verlauf der Zeit noch weiter sinken.

Chronologie

10.02.2020 Zurückgezogen

Zuständigkeiten

Behandelnde Kommissionen

Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR (UREK-NR)

Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR (UREK-SR)

Zuständige Behörde

Parlament (Parl)

Weitere Informationen

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat



Mitunterzeichnende (4)

Jans Beat, Masshardt Nadine, Nordmann Roger, Semadeni Silva

Links

